Nr. 233. Freitag, 10. Oktober 1913. 132. Jahrgang.

Laibacher Zeitung

Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig 30 K, halbjährig 15 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — Insertionsgebür: Für kleine Inserate bis zu vier Zeilen 50 h, größere per Zeile 12 h; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 h.

Die «Laibacher Zeitung» erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Miklošičstraße Nr. 16; die Redaktion Miklošičstraße Nr. 16. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

Telephon-Nr. der Redaktion 52.

Amtlicher Teil.

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. Oktober d. J. dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses des Reichsrates und Landtagsabgeordneten Karl Jukel in Schönau das Offizierskreuz des Franz Josef-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Den 8. Oktober 1913 wurde in der Hof- und Staatsdruckerei das LXXV. und LXXVI. Stück des Reichsgesetzblattes in deutscher Ausgabe ausgegeben und versendet.

Den 8. Oktober 1913 wurde in der Hof- und Staatsdruckerei das LV. Stück der italienischen und das LXVII. Stück der slovenischen Ausgabe des Reichsgesetzblattes des Jahrganges 1913 ausgegeben und versendet.

Nach dem Amtsblatte zur «Wiener Zeitung» vom 8. Oktober 1913 (Nr. 233) wurde die Weiterverbreitung folgender Preßerzeugnisse verboten:

Nr. 40 «Danzers Armee-Zeitung» vom 2. Oktober 1913.
Nr. 640 «Dan» vom 4. Oktober 1913.
Flugblatt: «Proletárske mládeži v Pardubiecich a okoli».
Nr. 113 «Deutsches Volksblatt für Fischern und Umgebung» vom 2. Oktober 1913.
Nr. 113 «Egerer Neueste Nachrichten» vom 2. Oktober 1913.
Nr. 40 «Ještedsky obzor» vom 3. Oktober 1913.
Nr. 40 «Moravski lid» vom 3. Oktober 1913.
Nr. 225 «Ostravsky dennik« vom 1. Oktober 1913.
Nr. 1167 «Prykarpatskaja Ruś» vom 30. September 1913.
Nr. 228 «Illustrowany kuryer codzienny» vom 3. Oktober 1913.
Nr. 3223 «Czernowitzer Allgemeine Zeitung» vom 3. Oktober 1913.
Nr. 227 «Sloboda» vom 2. Oktober 1913.

Nichtamtlicher Teil.

Die türkisch-griechischen Differenzen.

Aus Konstantinopel erhält die „Pol. Korr." folgende Mitteilung: Im Wirrsal der verschiedenartigen Symptome für die weitere Entwicklung der türkisch-griechischen Meinungsverschiedenheiten ist jedenfalls das eine Moment als feststehend zu bezeichnen, daß in den Kreisen des Komitees „Einheit und Fortschritt" die Möglichkeit eines neuen bewaffneten Zusammenstoßes zwischen den beiden Staaten ernstlich ins Auge gefaßt wird. Hinsichtlich des Zeitpunktes, in dem diese Wendung eintreten könnte, ist man eher zu der Ansicht geneigt, daß sie nicht in naher Frist zu erwarten wäre, sondern erst mit dem Frühling des nächsten Jahres zur Wirklichkeit werden dürfte. Aus dieser Berechnung ergibt sich, daß es nach der Anschauung der Komiteekreise der Pforte gelingen könnte, die Hinausziehung der Verhandlungen mit Griechenland durch Monate herbeizuführen. Selbstverständlich versucht man auch, sich ein Urteil über die mutmaßliche Stellung zu bilden, welche die Mächte gegenüber einem neuen Waffengang zwischen der Türkei und Griechenland einnehmen würden. Die Komiteekreise glauben nun in dem bisherigen Verlauf der langen Balkankrise Anhaltspunkte gefunden zu haben, die den Schluß gestatten, daß die Mächte sich eines Eingriffes zur Verhinderung eines Kriegszuges der Türkei gegen Griechenland wahrscheinlich enthalten würden. Was speziell die Streitfrage betrifft, aus deren Zuspitzung eine unüberbrückbare Kluft zwischen den Standpunkten der beiden Staaten geschaffen würde, ist man vielfach zu der Anschauung geneigt, daß eine solche Verschärfung des Gegensatzes nicht durch die Angelegenheit der Inseln, sondern durch die Schroffheit der Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Staatsangehörigkeit der Muselmanen in neuen griechischen Gebieten und bezüglich der Vakufs bewirkt werden dürfte. Zur Unterstützung dieser Annahme wird auf die Tatsache hingewiesen, daß die Pforte die Aufwerfung der Inselfrage in Athen bisher vermieden hat, und daran die Behauptung geknüpft, daß überhaupt bis auf weiteres auf die Einbeziehung dieses Gegenstandes in die Reihe der unmittelbar zwischen dem Konstantinopeler und dem Athener Kabinett zu regelnden Fragen verzichtet worden sei. Intimere Kenner der Tendenzen des Komiteeregimes lassen jedoch diese Beweisführung nur in sehr beschränktem Maße gelten und geben der Überzeugung Ausdruck, daß die Jungtürken ihrer diplomatischen Taktik das Ziel setzen werden, die Verhandlungen mit Griechenland in einer Weise zu gestalten, durch welche die Inselfrage gleichsam automatisch in den Vordergrund geschoben würde.

Aus London wird der „Pol. Korr." berichtet: Von türkenfreundlichen englischen Kreisen, die sich zu einem dem Balkankomitee nachgebildeten ottomanischen Komitee zusammengeschlossen haben, wird für den Gedanken, daß die der kleinasiatischen Küste und den Dardanellen benachbarten Inseln im Besitze der Türkei zu verbleiben haben, eine lebhafte Propaganda entwickelt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Türkei nur dann imstande sein wird, eine wirksame Reform in ihren asiatischen Besitzungen durchzuführen, wenn sie auch Beherrscherin dieser Inseln ist. Wenn dieselben in den Händen eines Rivalen wären, der früher oder später der Türkei feindlich gegenübertreten könnte, so würden alle Bemühungen der türkischen Staatslenker von vornherein gelähmt sein. Nach der Anschauung des Ottomanischen Komitees decken sich in diesem Falle die türkischen Interessen mit denen Europas. Des weiteren bekämpft das Komitee mit Entschiedenheit den Standpunkt der griechischen Regierung in der Frage der Staatsangehörigkeit der Muselmanen in den neuen griechischen Gebieten.

Politische Uebersicht.

Laibach, 9. Oktober.

Minister a. D. Georg von Lukacs erörtert im „Neuen Wiener Tagblatt" die parlamentarischen Zustände in **Ungarn** und meint, die nationale Arbeitspartei habe es nicht notwendig, der Opposition Konzessionen zu machen. Trotzdem werde sie gerne bereit sein, hilfreiche Hand dazu zu bieten, das Auflassen der oppositionellen Passivität zu fördern. Da es aber für die Andrassypartei eine Lebensnotwendigkeit ist, ins Parlament zu gehen, und die übrigen in Passivität befindlichen Oppositionsparteien es kaum dulden dürften, daß die Andrassypartei allein die Passivität aufgebe, so sei zuversichtlich zu hoffen, daß auch die anderen Oppositionsparteien bald ins Parlament einziehen werden.

Aus Rom wird geschrieben: Die im Wahlprogramm des Ministerpräsidenten Giolitti der **Kirchenpolitik** gewidmete Stelle hat im **Vatikan** einen nicht ungünstigen Eindruck gemacht. Insbesondere rief es Befriedigung hervor, daß das Programm keinerlei Anspielung auf Pläne der Regierung von antiklerikaler Tendenz enthielt. Was die Stellungnahme des Vatikans zu den künftigen Parlamentswahlen betrifft, wird für die Katholiken auch diesmal die Wahlenthaltung gemäß dem Grundsatze „Non expedit" als allgemeine Regel zu gelten haben. In Wahlbezirken, wo ein antiklerikaler oder Umsturztendenzen vertretender Kandidat einem liberalen oder konservativen Bewerber gegenüberstehen wird, wird es den Katholiken gestattet sein, sich an der Wahl zu beteiligen und für einen liberalen Kandidaten

Feuilleton.

Leier und Schreibmaschine.

Ein humoristischer Film von Richard A. Bermann.

(Nachdruck verboten.)

Vom heißgeliebten Kino heimkehrend, soll ein kleines braunes Schreibmaschinenmädchen ihrem lächelnden Freunde so von einem Film erzählen:

Also das war einmal ein Film, der klar beweist, wie wichtig wir Stenotypistinnen sind — wir, die wir eure Gedichte abschreiben, aber manchmal auch verursachen. Sieh, da wurde zuerst einer gezeigt, wie ihr ohne uns seid, ihr Dichter. Einer von euch — mit langen Haaren und hoher Krawatte, so ein Stolzer, der keine Ursache hat — also der sitzt zu Hause am Schreibtisch und kaut an einem riesiglangen Federhalter. Vielleicht hat er sonst nicht viel zu essen, aber warum auch? Arbeitet der Kerl denn? Er rennt nervös im Zimmer herum. Er schreibt einen Vers auf ein komisch gefaltetes Blatt. Er stellt sich vor den Spiegel und deklamiert den Vers und bewundert sich. Er legt sich sehr befriedigt auf den Diwan. Er steht wieder auf und kaut weiter — es fällt ihm absolut nichts mehr weiter ein. Er zerreißt wütend das Blatt Papier. Man sieht ihm an, er kommt sich verkannt vor, weil er nichts zustande bringt. Er zieht sich einen romantischen Mantel an und eilt ins Literaturcafé. Es ist Sommer, er kann draußen auf der Straße sitzen. Da kommt sie vorbei — eine sehr blonde, energische Muse. Er ruft in Hast den Kellner und bleibt ihm feierlich die Melange schuldig. Er eilt der Muse nach. Sie fährt mit der Untergrundbahn. Er hat zum Glück noch zehn Pfennig und fährt auch. Beim Verlassen der Station spricht er sie an, aber sie ist nicht so eine und läßt ihn ablaufen. Na, so steigt er ihr weiter nach. Sie tritt in ihr Haus, zieht einen Liftschlüssel, fährt hinauf. Er rennt wie ein Rasender über die Treppe und kommt gerade oben an, wie sie ihre Wohnungstür zuschlägt. An der Türe aber prangt ein Schild:

Minnie Tipp
Schreibmaschinenbureau. Abschrift literarischer Arbeiten. Diktat.

Er klingelt. Man öffnet. Minnie Tipp sitzt schon wieder fleißig an der Schreibmaschine. Sie will ihn hinauswerfen, aber er bedeutet, er sei eine Kunde und wolle diktieren. Er stellt sich in Positur und diktiert: „Mein Fräulein, ich liebe Sie!" Sie schreibt es, und die Schrift wird auf der weißen Wand gezeigt. Aber sie wirft ihm den Wisch vor die Füße, setzt sich wieder und schreibt: „Ich habe keine Zeit für müßige Flaneure. Wenn Sie literarische Arbeiten abzuschreiben haben, kommen Sie wieder, Adieu!"

Na, was kann er gegen so viel Tugend tun? Er geht ziemlich begossen heim und verzweifelt vor dem Spiegel. Er holt Papier, sehr viel Papier und möchte nun darauf losdichten. Aber er kaut nur, und der Federhalter wird kurz. Er legt sich nieder auf seinen infamen Diwan. Da erscheint ihm Minnies Bild — wie sie brav und fleißig und energisch tippt. Sie hält ihm ein musterhaft beschriebenes Blatt entgegen, darauf steht: „Ich würde dich ja auch lieben, wenn du etwas Tüchtiges leisten könntest!" Das Bild verschwindet, und er setzt sich wieder an den Schreibtisch. Siehe da, nun erscheint in einer dunklen Zimmerecke der Knabe mit Bogen und Köcher. Er huscht zum Tisch, an dem der Dichter brütend sitzt, und gießt aus dem vollen Köcher Tinte in das sterile Tintenfaß des Dichters. Dann setzt sich der Knabe mit gekreuzten Beinen auf den Diwan und sieht zu. Der Dichter taucht die Feder ein — jetzt läuft sie ganz von selbst. Kaum hat die Feder das Blatt berührt, so ist es mit den herrlichsten Versen beschrieben und flattert davon. Gleich ist das ganze Zimmer voll von Manuskripten. Der Dichter packt einen ungeheuren Stoß beschriebener Blätter unter den Arm und rennt zu Minnie. Nun, jetzt sieht sie ihn schon freundlich an. Der Dichter darf nun doch diktieren. Es sind lauter Liebeslieder. Das erste beginnt:

„Als ich in deine Augen sah,
Floß neue Glut durch meine matten Glieder.
Ich schaffe und bin dir im Schaffen nah — —
Ich lebe wieder!"

Sie schreibt mit langen spitzen Fingern, aber sie blickt nicht auf die Maschine und macht keine Zwischenräume zwischen den Wörtern. Sie tanzt auf der Maschine einen Liebestanz. Es ist ein stummes Duett. Er ist ein sehr glücklicher lyrischer Dichter. Er geht stürmisch heim.

(Schluß folgt.)

in dem Falle zu stimmen, wenn dieser das katholische Programm in den wesentlichsten Punkten, insbesondere in bezug auf die Ehescheidung und den Religionsunterricht in den Elementarschulen annimmt. Neue katholische Kandidaturen für das Parlament wird der Vatikan nicht zulassen, bloß den fünfundzwanzig bisherigen katholischen Abgeordneten wird die abermalige Bewerbung um Mandate gestattet sein. Diese Weisungen des Vatikans zielen darauf ab, die kirchlichen Interessen in Italien hinsichtlich des Parlaments in gewissem Maße zu wahren, die Bildung einer katholischen Partei in der Kammer aber zu verhindern, da Papst Pius eine solche Partei als geradezu gefährlich für das Papsttum ansieht. Was insbesondere Rom betrifft, wird das „Non expedit" strenge aufrechterhalten; der Vatikan will auf diese Weise dartun, daß er seine Ansprüche auf die ewige Stadt nicht fallen lassen könne.

Man schreibt aus Paris: Der alljährliche Kongreß der **radikalen** und der **radikal-sozialistischen Partei Frankreichs** wird am 18. Oktober in Pau abgehalten werden. Alle Führer dieser beiden politischen Gruppen werden den Sitzungen des Kongresses beiwohnen, in dessen Eröffnungssitzung Herr Combes präsidieren wird. Die Bemühungen der Versammlung werden darauf gerichtet sein, die Einigkeit der radikalen Partei zu festigen. Zu diesem Zwecke wird das Programm der Partei festgelegt und der Beschluß gefaßt werden, daß in Zukunft die beiden Gruppen, die radikale sowohl wie die radikal-soziale, keinen Abgeordneten als Mitglied aufnehmen können, der das vom Kongreß beschlossene Programm nicht unterschrieben hat. Es ist eine Reorganisierung der radikalen Partei, die auf dem Kongresse in Pau im Hinblicke auf die Kammerwahlen im Mai 1914 versucht werden soll. Die Politik des Kabinetts Barthou wird auf dem Kongresse nicht geschont werden. Man wirft ihm vor, daß es mit Unterstützung der Rechten regiert und daß seine Taten seinen Erklärungen nicht entsprechen. Aber wie immer auch die Entschließungen sein werden, die der Kongreß annehmen wird, dürften sie den Bestand des Kabinetts nicht gefährden, das im Laufe der nächsten Parlamentssession sowohl in der Kammer wie im Senat gewiß wieder eine ausreichende Mehrheit finden wird.

Das „Fremdenblatt" führt aus, die **Währungsreform in den Vereinigten Staaten** werde das Land auf neue finanzielle Grundlagen stellen, auf einen festeren Boden als es bisher gestanden hat. Noch sei die Evolution in den Vereinigten Staaten nicht zu Ende, jeder Tag bringt neue Prozesse und neue Aktionen gegen die großen industriellen Organisationen. Aber das sind nur die letzten Kämpfe, denen voraussichtlich eine längere Ära der Ruhe folgen wird. Und eine Säule des wirtschaftlich und finanziell reformierten Amerika wird das Zentralnoteninstitut sein, das aus der Währungsreform hervorgehen wird.

Tagesneuigkeiten.

— (**Die Einkommensteuer der Gattin des amerikanischen Botschafters in Wien.**) Wie „Newyork Herald" mitteilt, ist derzeit die Gattin des neuen amerikanischen Botschafters in Wien, Mrs. Frederic Courtland Penfield, die am höchsten besteuerte Frau Amerikas und wahrscheinlich der ganzen Welt. Der Vater der Dame, William Weightman aus Philadelphia, hat seiner Tochter ein Vermögen von 350 Millionen Kronen hinterlassen. Die Zinsen des Kapitals betragen 17½ Millionen Kronen jährlich und der Staat Pennsylvanien zieht hievon nun eine siebenprozentige Einkommensteuer, das sind 1,225.000 Kronen jährlich ein. Nach diesen Angaben des amerikanischen Blattes ist Mrs. Penfield sicher die reichste in Österreich-Ungarn lebende Frau. Auch das Vermögen des Botschafters Mr. Penfield wird auf viele Millionen geschätzt.

— (**Millionenerbschaft einer Bedienerin.**) Eine kürzlich in Wiesbaden verstorbene äußerst vermögende alte Dame vermachte der Frau des Tischlergesellen Diebner, welche durch viele Jahre Aufwärterin bei der alten Dame war, eineinhalb Millionen Mark. Das Testament ist unanfechtbar. Der Bruder der verstorbenen Dame erhielt von der Erblasserin eine Abfindungssumme von 300.000 Mark.

— (**Ihre Taille und seine Taille.**) Man schreibt der „Frkf. Ztg.": Frankreich hat seine Polaire und die Polaire soll die kleinste Taille der Welt haben. Daß ihre Wespentaille nicht mehr „zieht", scheint daraus hervorzugehen, daß sie sich durch das Tragen eines Nasenringes in das Interesse unserer undankbaren Zeit zurückschmuggeln will. Die schlanke Taille ist nun einmal augenblicklich stark im Kurse gefallen und es ist jetzt modern, einen Bauch zu tragen. Wer auch im scheinbar bizarren und unberechenbaren Getriebe der Mode eine tiefere Kausalität wahrnehmen will, kann nicht umhin, an die wiedererwachten nationalen und mütterlichen Gefühle der Französin zu denken, die ihrerseits wieder auf das Schreckgespenst der aussterbenden Nation zurückgeführt werden. Das Ideal der Französin entfernt sich von der Schlankheit, weil die Abgeordneten, die Leitartikler und die Plauderer es eben so wollen. Oskar Wilde hat einmal das Paradoxon ausgesponnen, die französischen Romane hätten den Typus der Pariserin nicht beschrieben, sondern ihn vielmehr vorgeschrieben. Nun kommt das französische Kriegsministerium und veröffentlicht eine Statistik über die Körpermaße der stellungspflichtigen Franzosen, unter anderen auch über die Größe der Taille. Im Jahre 1911 war die Taille der Zwanzigjährigen im Durchschnitt 1 Meter 663 Millimeter, im Jahre 1912 nur 1 Meter 662 Millimeter und in diesem Jahre sogar nur 1 Meter 660 Millimeter. Das Departement Haute-Saone stellte allerdings einen Jüngling mit einer Zweimetertaille, dafür aber konnte das Departement Finistere einen Zwanzigjährigen aufweisen, dessen Taille nicht mehr als 96 Zentimeter beträgt. Und im ganzen ist ja, wie wir sehen, eine Abnahme von drei Millimetern innerhalb dreier Jahre zu verzeichnen. Welche Perspektive! Dem Theoretiker der tieferen Kausalität aber stehen verschiedene Möglichkeiten frei, eine Vermagerung der Franzosen zu erklären. Man kann sagen, es sei eben eine naturgemäße Anpassung, daß die Nation, unter deren Söhnen so viele kühne Flieger sind, die in der Luft sogar Purzelbäume schlagen, ätherischer wird; aber man kann noch weiter gehen und sagen, die Taillenverminderung des Mannes sei ein Symptom des neogallischen Elans, so daß die Magerkeit bei den französischen Jünglingen auf die gleichen Gründe zurückgeht wie der „bernier cri" nach dem Bauche beim weiblichen Geschlecht.

— (**Wie die Araberinnen ihre Männer erziehen.**) Die englischen Suffragetten haben kein Monopol auf Ideen, wie sich das zarte Geschlecht gegen brtale Übergriffe der Männerwelt schützen kann. Die Araberinnen von Tripolis, die Frauen von Murzuk, der Hauptstadt von Fezzan, haben ohne Theorie, nur aus dem Instinkt heraus, das Problem gelöst. Ein italienischer Offizier, der in Murzuk in Quartier liegt, erzählt nicht ohne Verwunderung von dem eigenartigen Machtmittel, das die Frauen anwenden, wenn sie von ihrem Ehemanne beleidigt oder mißhandelt werden. Sobald sich eine Frau in ihrer Würde als Gattin oder Mutter beleidigt fühlt, eilt sie vor die Wohnung des Scheiks und stößt hier einen charakteristischen Schrei aus. Sofort eilen überallher Frauen und Mädchen herbei, und alsbald wird die Tscharmaksa proklamiert. Und das ist nichts anderes als ein regelrechter Streik: Alle Frauen legen sofort ihre häusliche Tätigkeit nieder und rühren keinen Finger mehr. Je nach der Schwere der Beleidigung dehnt sich der Streik bisweilen über vier bis fünf Tage oder Nächte aus. Und er endet meist nur durch die Vermittlung eines Notablen oder eines Marabus, der dem Schuldigen eine Strafe auferlegt: er muß der beleidigten Frau Sühnegeschenke machen, wohlriechende Essenzen und — Butter. Die Persönlichkeiten, die bei solchen Krisen als Vermittler wirken, werden von den Eingeborenen die „Uet Eu Nau" genannt und genießen bei den Frauen dankbare Anerkennung.

— (**Vom Ende des Pferdes in London.**) In den Straßen Londons, der größten Stadt der Welt, sieht man zwar noch Pferde als Zugtiere; wie selten sie aber geworden sind, erhellt aus einer Wette, die jüngst ein Londoner gewonnen hat. Er behauptete, bei einer Omnibusfahrt von Kensington Church nach Ludgatszirkus, also auf einer Strecke von drei bis vier Kilometern, die durch verkehrsreiche Straßen führt, werde man nicht ein halbes Dutzend Pferde sehen. Diese Wette hat er geradezu glänzend gewonnen, denn die beiden Wettenden und der Unparteiische bemerkten auf der Omnibusfahrt nur zwei Pferde. Das eine war vor einen Gemüsewagen gespannt, das andere stand vor dem Hause eines Privatmannes in Piccadilly gegenüber der Royal Academy. Zwei Pferde auf drei bis vier Kilometer verkehrsreicher Straßen um 6 Uhr nachmittags ist tatsächlich eine verschwindend kleine Zahl.

— (**Eine Gesetzesunterzeichnung mit zwei Federn.**) Diesertage hat der Präsident der Vereinigten Staaten Dr. Woodrow Wilson im Beisein der führenden Mitglieder des Kongresses und einer Anzahl anderer Persönlichkeiten im Weißen Hause den neuen amerikanischen Zolltarif unterzeichnet. Der neue Tarif stellt eine Herabsetzung der bisher geltenden Zollsätze um etwa 28 Prozent dar und ist der niederste Tarif, der seit vielen Jahren in der Union zur Wirksamkeit gelangte. Präsident Dr. Wilson unterzeichnete dieses denkwürdige Staatsdokument mit zwei Federn. Seinen Vornamen Woodrow schrieb er mit einer Feder, die ihm der Urheber des neuen Gesetzes, der Abgeordnete Underwood, reichte, und seinen Zunamen Wilson mit einer anderen Feder, die ihm der Senator Simmreds übergab. Eine kinematographische Unternehmung wollte diese interessante Szene im Film festhalten, erhielt jedoch nicht die Erlaubnis zur Aufnahme. Hingegen wurde mehreren Photographen gestattet, den Präsidenten während der Unterzeichnung zu photographieren.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

Achtzehnte Sitzung am 9. Oktober 1913.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Ivan Šušteršič, bezw. Landeshauptmannstellvertreter Leopold Freiherr von Liechtenberg.

Regierungsvertreter: Seine Erzellenz k. k. Landespräsident Theodor Freiherr von Schwarz und k. k. Hofrat Wilhelm Ritter von Laschan.

Der Landeshauptmann eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Minuten und nominiert die Abgeordneten Freiherrn von Born und Dr. Zajec zu Schriftführern. Weiters macht er dem Hause die Mitteilung, daß auf das Glückwunschtelegramm anläßlich des Allerhöchsten Namenstages Seiner Majestät des Kaisers noch am gleichen Tage eine telegraphische Antwort aus der Allerhöchsten Kabinettskanzlei eingelaufen sei, wornach Seine Majestät der Kaiser den Glückwunsch des krainischen Landtages zur Kenntnis genommen habe und ihm dafür seinen Allergnädigsten Dank sagen lasse. Die Abgeordneten nehmen diese Mitteilung stehend und mit Beifall zur Kenntnis.

Im Einlaufe befindet sich eine Zuschrift des Landesgerichtes, worin die Auslieferung des Abg. Dr. Krek wegen Ehrenbeleidigung verlangt wird. Die Zuschrift wird dem Immunitätsausschusse zugewiesen. Weiters befinden sich im Einlaufe verschiedene Petitionen, Interpellationen, Dringlichkeits- und selbständige Anträge, u. a. eine Interpellation des Abg. Freiherrn von Apfaltrern an Seine Exzellenz den Landespräsidenten, betreffend das Auftreten der Maul- und Klauenseuche im politischen Bezirke Adelsberg, weiters ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Dr. Novak, betreffend die Entschädigung für jene Aktien der Unterkrainer Bahnen, die infolge des zwischen dem Verwaltungsrate der Unterkrainer Bahnen und der Staatseisenbahnverwaltung abgeschlossenen Pachtvertrages ihren Wert eingebüßt haben. — Eine Interpellation des Abg. Lavrenčič, betreffend die Melioration der zwischen der Velika und Mala planina gelegenen, zu Steiermark gehörigen Alpe, wird vom Landeshauptmann sofort dahin beantwortet, daß er die Angelegenheit dem Landesausschusse überweisen werde, damit sich dieser mit dem steiermärkischen Landesausschusse ins Einvernehmen setze. — Ferner beantwortet der Landeshauptmann die in einer der früheren Sitzungen eingebrachte Interpellation des Abg. Reisner, betreffend die Überlassung des Landestheaters zur Veranstaltung von slovenischen Vorstellungen, und erklärt, daß der Landesausschuß der Stadtgemeinde gegenüber lediglich sein Hausrecht habe wahren müssen. Sache der Stadtgemeinde Laibach sei es gewesen, die Bedingungen anzunehmen oder nicht. Er wolle nicht die Frage erörtern, ob es opportun gewesen sei, die Bedingungen abzulehnen; jedenfalls aber wolle er mit Befriedigung konstatieren, daß von der Intendanz des königlichen Landestheaters in Agram, das sich an den Landesausschuß zwecks Veranstaltung von ordentlichen Vorstellungen gewendet habe, die Bedingungen des Landesausschusses ohne Bedenken angenommen worden seien. (Beifall.) Er könne im Namen des Landes mit großer Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß die Landeshauptstadt Laibach nunmehr erstklassige Vorstellungen im Landestheater haben werde. (Händeklatschen.) Der Landesausschuß werde der Intendanz des Agramer Theaters gegenüber die größte Konzilianz beobachten. (Beifall.)

Abg. Dr. Lampe beantwortet sohin an Stelle des Landeshauptmannes verschiedene Interpellationen, betreffend Straßenbauten, Wasserleitungen, Flußregulierungen 2c. Die Beantwortungen werden ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Der vom Abg. Ribnikar in einer der früheren Sitzungen eingebrachte Dringlichkeitsantrag, betreffend die Errichtung einer Landesviehversicherungsanstalt, wird, da Abg. Ribnikar nicht anwesend ist, ohne meritorische Begründung dem landwirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. Triller begründet seinen Dringlichkeitsantrag, worin die Landesregierung ersucht wird, an zuständigen Stellen die sofortige Umgestaltung des Laibacher Telephonnetzes und die Erweiterung der Telephonzentrale zu erwirken, für welche Arbeiten bereits im Jahre 1911 in den Staatsvoranschlag ein Kredit von 250.000 *K* eingestellt worden sei. Redner macht auf die Mängel des Laibacher Telephonnetzes aufmerksam, das so veraltet sei, daß neue Sprechstellen nur mit Schwierigkeiten angeschlossen werden könnten. Durch Störungen im Betriebe, durch Abreißen der Drähte bei Schneefällen würden die Abonnenten sehr oft von der Benützung des Telephons ausgeschaltet. Die Mißstände hätte auch schon die Staatsverwaltung durch Einstellung des Betrages von 250.000 *K* in den Voranschlag pro 1911 anerkannt. Später aber sei dieser Betrag für galizische Angelegenheiten aufgebraucht worden, obschon das einschlägige Projekt ausgearbeitet worden sei. Abg. Dr. Triller appelliert an die k. k. Landesregierung, dem Antrage ihre Förderung angedeihen zu lassen.

Dem Antrage wird einhellig die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. Triller begründet weiters seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend den Umbau des Laibacher Südbahnhofes. Schon vor acht Jahren habe die Generaldirektion der k. k. priv. Südbahngesellschaft der Stadtgemeinde Laibach die Angelegenheit als dringend bezeichnet, daß die Frage der Beitragsleistungen der in Betracht kommenden Staatsbahn einem späteren Zeitpunkte vorbehalten werden müßte. In den sohin in Wien stattgehabten Konferenzen habe der Vertreter der Südbahn

erklärt, daß das Projekt des Umbaues bereits ausgearbeitet und der Kostenbetrag hiefür ins Finanzprogramm eingestellt sei, wobei der Vertreter des Eisenbahnministeriums, der gegenwärtige Eisenbahnminister, erklärt habe, daß der Umbau unbedingt nicht verzögert werden dürfe. Über Verlangen der Südbahn habe im weiteren Verlaufe der Verhandlungen die Stadtgemeinde Laibach ihren Beitrag von 100.000 *K* der Südbahn ausgefolgt, aber sohin sei die Sache einfach ad acta gelegt worden. Die Zustände am Südbahnhofe seien indessen derart, daß für allfällige Unglücksfälle nicht die Bediensteten, sondern nach § 335 die Generaldirektion der Südbahngesellschaft belangt werden müßte. (Zustimmung.) Es sei hoch an der Zeit, daß auch der krainische Landtag seiner Entrüstung über die Verschleppung der Angelegenheit Ausdruck gebe.

Dem Antrage wird einhellig die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. Gregorič begründet den Dringlichkeitsantrag, betreffend die Änderung der Tarife und der Fahrordnung auf der Oberkrainer Bahn. Er verweist darauf, daß für die Strecke Radmannsdorf-Laibach (Staatsbahnhof) statt der Distanz von 48 Kilometer eine Entfernung von 50 Kilometer gerechnet werde, weswegen sich auch die Fahrpreise statt mit 1 *K* 70 *h*, 2 *K* 60 *h* und 4 *K* 30 *h* auf 1 *K* 80 *h*, 2 *K* 80 *h* und 4 *K* 60 *h* stellten, während für die Strecke Radmannsdorf-Laibach (Südbahnhof) die Preise statt 1 *K* 70 *h*, 2 *K* 70 *h* und 4 *K* 40 *h* die Beträge von 2 *K* 10 *h*, 3 *K* 30 *h* u. 5 *K* 40 *h*, gerechnet für eine Distanz von 51 bis 60 Kilometer, erreichten. Deswegen sei eine Änderung der tarifarischen Bestimmungen unerläßlich. — Abg. Dr. Gregorič verweist sohin auf die ungünstige Zugsverbindung auf der Oberkrainer Strecke, erörtert deren Nachteile für Radmannsdorf und bemängelt namentlich, daß der Nachmittagsschnellzug wohl in Lees, nicht aber in Radmannsdorf Aufenthalt nehme. In Ansehung all der vorgebrachten Umstände stellt er schließlich den Antrag: 1.) Der ungerechtfertigte Tarif für den Personenverkehr auf der Strecke Tarvis-Laibach, wodurch die Stadt Radmannsdorf geschädigt wird, ist sofort zu rektifizieren. 2.) Im Interesse des allgemeinen Verkehres soll der Fahrplan der Oberkrainer Bahn in der Weise abgeändert werden, daß der Zug von Laibach nach Tarvis wie im Sommer um 6 Uhr früh abgehen und dadurch ein direkter Anschluß an die Weltverkehrslinie erzielt wird. 3.) Der Schnellzug, der bisher in Lees Aufenthalt hat, soll in Radmannsdorf als dem Zentrum des wirtschaftlichen und politischen Lebens des Bezirkes Aufenthalt nehmen.

Dem Antrage wird einhellig die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Gangl begründet seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend die Verstaatlichung des Post- und Telegraphenamtes in Idria, unter Hinweis auf die schlechten Postverbindungen einerseits und auf den großen Postverkehr anderseits, weiters aber auch auf die bereits im Jahre 1895 von der Generaldirektion in Triest getane Zusage, derzufolge die Verstaatlichung des Post- und Telegraphenamtes bereits im Jahre 1896 in Aussicht genommen worden sei.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. Novak begründet seinen oben erwähnten Dringlichkeitsantrag, betreffend die Entschädigung der Aktionäre der Unterkrainer Bahnen. Bei der Zeichnung des Aktienkapitales habe wohl niemand daran gedacht, daß diese Gelder nicht sicher angelegt seien, zumal die Konzessionsurkunde von Seiner Majestät dem Kaiser sanktioniert worden sei. (Der Landeshauptmann macht den Redner aufmerksam, daß die Person des Monarchen nicht in die Debatte gezogen werden dürfe.) Sowohl der Personen- als der Frachtenverkehr sei im Steigen begriffen. Im Mai 1913, also knapp vor dem Zeitpunkte, da man vor der Eröffnung der dalmatinischen Bahnen stehe, sei aber zwischen dem Verwaltungsrate der Unterkrainer Bahnen und der Eisenbahnverwaltung ein Pachtvertrag abgeschlossen worden, wodurch alle Aktien ihren Wert eingebüßt hätten. Dieses Abkommen sei sogar ohne vorausgegangene Sitzung des Exekutivkomitees des Verwaltungsrates perfekt geworden. Für die Übernahme des Vermögens habe das Eisenbahnärar keinen Heller entrichtet. Hiefür fehlten alle Rechtfertigungsgründe, auch fürs Land Krain hinsichtlich dessen Garantieverpflichtung, obschon der Vertreter des Eisenbahnministeriums erklärt hätte, daß sich der krainische Landesausschuß das freie Verfügungsrecht über den Garantiefonds im Betrage von 1½ Millionen Kronen gewahrt habe. Der Pachtvertrag sei schädlich, weil er den Verlust von 1,200.000 *K* bedeute, an dem die Stadtgemeinden Laibach, Rudolfswert, Gottschee sowie zahlreiche arme Gemeinden des Unterlandes partizipierten; er sei aber auch moralisch schädlich, weil nicht so bald jemand wieder für ein Aktienunternehmen zu gewinnen sein werde. (Beifall.)

Er empfiehlt sohin folgenden Antrag zur Annahme: 1.) Die k. k. Regierung in Wien wird aufgefordert, das den Inhabern von Privataktien der Unterkrainer Bahnen geschehene Unrecht dadurch gutzumachen, daß sie ihnen nachträglich eine Entschädigung auszahle. 2.) Der Landesausschuß erhält den entschiedensten Auftrag, alle Vorkehrungen zu treffen, damit dieser Forderung Rechnung getragen werde.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Piber begründet seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend die ausreichende Sicherung der an gemeinsamen Weideplätzen gelegenen Eisenbahnstrecken durch Anbringung von Zäunen.

Dem Antrage wird einhellig die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem landwirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen.

Sohin wird in die Tagesordnung eingegangen. Es folgen Berichte des Verwaltungsausschusses. Landeshauptmannstellvertreter Freiherr von Liechtenberg übernimmt den Vorsitz.

Abg. Piber berichtet über den Dringlichkeitsantrag des Abg. Dr. Novak, betreffend die Ausscheidung des Landes Krain aus dem Bereiche der Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Triest, und stellt den Antrag: 1.) Das k. k. Ministerium des Innern wird ersucht, im Sinne des § 9 des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888, das Land Krain aus dem Bereiche der Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Triest auszuscheiden und in Laibach eine eigene Arbeiterunfallversicherungsanstalt zu errichten. 2.) Der Landesausschuß hat dem k. k. Ministerium des Innern einen zustimmenden Bericht sowie ein Gutachten über die tatsächliche Begründung der Notwendigkeit einer eigenen Versicherungsanstalt in Laibach zu erstatten.

Abg. Graf Barbo pflichtet den Ausführungen des Berichterstatters hinsichtlich der Zurücksetzung des slavischen und des deutschen Elementes gegenüber dem italienischen Elemente bei, erklärt aber, gegen den Antrag des Verwaltungsausschusses stimmen zu müssen. Sollte in Laibach eine eigene Anstalt mit dem Wirkungskreise für Krain errichtet werden, so sei es höchst wahrscheinlich, daß sie zu klein wäre und daß der Verwaltungsapparat viel zu große Kosten verursachte, weshalb die Anstalt noch mehr passiv als die jetzt in Triest bestehende sein müßte. Graf Barbo stellt den Antrag: Der Landesausschuß wird beauftragt, die Frage der Errichtung einer Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Laibach zu studieren und darüber womöglich schon in der nächsten Session dem Landtage Bericht zu erstatten.

Landeshauptmann Dr. Šušteršič übernimmt den Vorsitz.

Abg. Dr. Novak leiht seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Landtagsmajorität seinen Antrag aufgenommen habe, und beruft sich hierauf dem Abg. Grafen Barbo gegenüber auf die gesetzliche Bestimmung, daß in jedem Kronlande normal eine Arbeiterunfallversicherungsanstalt zu errichten sei. Sohin beschäftigt sich Abg. Doktor Novak mit dem Liquidationsausschusse der Triester Anstalt, wo nicht ein einziger Beamter die slovenische Sprache beherrsche, führt einen Fall an, wo ein slovenischer Arbeiter einfach hinausgeworfen worden sei und die Diener hiefür sogar eine Belohnung erhalten hätten (Hört!-Rufe), und beschwert sich über die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes, worin es kein Mitglied gebe, das den slovenischen Arbeiter in slovenischer Sprache einvernehmen könnte. Auch kritisiert er die Art der Anstellung der Beamtenschaft, die ohne Stellenausschreibung erfolge, wodurch italienische Beamte eingeschmuggelt würden, die nach einem kurzen Provisorium definitive Anstellung erhielten. Der slovenische Arbeiter warte oft monatelang auf eine Erledigung seiner Ansprüche und dann würde ihm die Rente herabgedrückt oder gar versagt, weil sich die Beschädigung nicht mehr konstatieren lasse. Abg. Dr. Novak gibt ferner eine statistische Aufstellung der in den letzten Jahren nach Triest abgeführten Gelder, von denen kein Heller in Krain angelegt werde, und beschäftigt sich weiters mit den Darlehen, die die Triester Anstalt zu ganz anormalem Zinsfuße (4 oder 4¾ %) für den Bau von Beamtenwohnungen in Capodistria, bezw. für den Bau für Kleinwohnungen der Stadtkommune Triest vorgestreckt habe. Die Passivität der Anstalt werde zum großen Teile durch Unglücksfälle im Gebiete Triest, nicht in Krain, verursacht. Sie würde durch Errichtung einer Anstalt in Laibach aufhören, zumal die Angliederung der Pensionsanstalt sowie der Sozialversicherung in sie zu erhoffen sei. Überdies stellte sich der Verwaltungsapparat infolge Abfalles von Dolmetschen erheblich billiger, und auch die Hypothekardarlehen ließen sich günstiger placieren. (Beifall bei den Abgeordneten der national-fortschrittlichen Partei.)

Abg. Dr. Krek polemisiert gegen den Abg. Grafen Barbo hinsichtlich der Verteuerung des Verwaltungsapparates bei der Anstalt in Laibach und gibt eine ziffermäßige Darstellung der Verwaltungskosten für die Triester Anstalt. — Es gehe nicht an, daß die ihrer Zusammensetzung nach italienische Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Triest bei der bevorstehenden Errichtung der Bezirksversicherungsanstalten mitzureden hätte. — Abg. Dr. Krek verwahrt sich schließlich unter Zustimmung dagegen, daß Triest je als das Verwaltungszentrum für die Slovenen und die Kroaten angesehen würde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Grafen Barbo abgelehnt, hingegen der Antrag des Verwaltungsausschusses zum Beschlusse erhoben.

Um 1 Uhr wird die Sitzung unterbrochen und deren Fortsetzung auf 4 Uhr nachmittags anberaumt.

*

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um ½5 Uhr werden zunächst einige Interpellationen und selbständige Anträge den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Die in einer der früheren Sitzungen eingebrachte Interpellation des Abg. Dr. Triller, betreffend die Persekution von national-fortschrittlichen Gemeindevorstehern durch den Landesausschuß, wird vom Landeshauptmann sofort dahin beantwortet, daß der Landesausschuß nur gegen solche Gemeindevorsteher Stellung nehme, die ihre Pflichten vernachlässigten oder sich widerspenstig zeigten. Dabei könne er keinen Unterschied machen, ob der betreffende Gemeindevorsteher zufällig der national-fortschrittlichen Partei angehöre. Der Landesausschuß werde nach wie vor die strengste Objektivität beobachten. (Beifall bei den Abgeordneten der Slovenischen Volkspartei.)

Abg. Dr. Triller beantragt die Eröffnung der Debatte über diese Interpellationsbeantwortung, doch wird der Antrag abgelehnt.

Abg. Povše begründet seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend die Stellungnahme gegen die Verunreinigung der Save durch die an diesem Flusse gelegenen Fabriken zum Nachteile der Bevölkerung. Er verweist darauf, daß sich die Bewohner am steirischen Ufer an die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft für Steiermark mit der Bitte um Abhilfe gewendet hätten, worauf das Präsidium der genannten Gesellschaft auch an die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft für Krain mit der Einladung herangetreten sei, sich der in Rede stehenden Abwehraktion anzuschließen. Auch die kroatische Landesregierung sei der gemeinsamen Aktion beigetreten, und so habe denn am 2. d. M. eine kommissionelle Fahrt auf der Save stattgefunden, bei der festgestellt worden sei, daß durch die Verunreinigung der Save die Feldkulturen erheblichen Schaden litten und daß der Genuß des Savewassers gesundheitsschädlich sei. Der krainische Landtag möge in der Angelegenheit seine Stimme erheben und die Zentralregierung ersuchen, alle Vorkehrungen zur Beseitigung der durch die Fabriken erfolgenden Verunreinigung des Saveflusses zu treffen. (Beifall.)

Dem Antrage wird die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Nun folgen weitere Berichte des Verwaltungsausschusses. — Abg. Piber berichtet über die Zuschrift der k. k. Landesregierung in betreff Beschließung solcher Gesetzentwürfe, welche eine Beitragsleistung aus dem staatlichen Meliorationsfonds erheischen würden, und stellt den Antrag: Der Landesausschuß wird beauftragt, mit Beziehung auf die Zuschrift der Zentralregierung in Wien vom 25. Jänner 1913, Z. 174, hinsichtlich der Beitragsleistungen aus dem staatlichen Meliorationsfonds an maßgebender Stelle zu erklären, daß das Land berechtigt sei, Staatsaushilfe bei unumgänglich notwendigen und unaufschiebbaren Arbeiten im höchsten Ausmaße zu beanspruchen, weil das Land Krain bisher im Vergleiche zu anderen Ländern die geringsten Beiträge aus dem staatlichen Meliorationsfonds erhalten hat. — Einhellig angenommen.

Abg. Piber berichtet weiters über die Verrechnung der Kommissionskosten bei den agrarischen Operationen und stellt den Antrag: 1.) Der Landesausschuß wird beauftragt, in Einvernahme mit der k. k. Landeskommission für agrarische Operationen dem Landtage einen Entwurf vorzulegen, demzufolge die Kosten für die einzelnen Operationen nach Tunlichkeit gleichmäßig zu verteilen wären. Der Landesausschuß hat hiebei die Aufstellung der festgesetzten Tarife mit Rücksicht auf den Flächeninhalt des Grundstückes und auf dessen Bonität zu berücksichtigen. 2.) Da indessen diese Art der Kostenvorschreibung nur für die Zukunft Geltung hätte, so wird der Landesausschuß ermächtigt, in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen einen Teil der bisher angelaufenen Kosten abzuschreiben.

Abg. Dr. Krek verwahrt sich dagegen, daß Angelegenheiten finanzieller Natur in anderen Ausschüssen als im Finanzausschusse verhandelt würden. Vom Standpunkte einer gesunden finanziellen Politik sei es unstatthaft, Beschlüsse zu fassen, deren finanzieller Effekt nicht abzusehen sei. Er stellt den Antrag, daß der Antrag an

den Landesausschuß zurückgeleitet werde, der die Angelegenheit zu studieren und sohin dem Landtage darüber Bericht zu erstatten hätte.

Der Antrag des Abg. Dr. Krek wird, nachdem ihn Abg. Dr. Lampe unterstützt und sich der Berichterstatter ihm akkommodiert hatte, zum Beschlusse erhoben.

Abg. Hladnik leitet namens des Verwaltungsausschusses die Verhandlung über den neuen Entwurf eines Jagdgesetzes ein.

Seine Exzellenz Landespräsident Freiherr von Schwarz: Im Hinblicke auf die Ausführungen des Herrn Berichterstatters hinsichtlich des zweiten Absatzes des § 4 des vorliegenden Gesetzentwurfes habe ich die Ehre, folgendes zu erklären: Die Regierung verkennt keineswegs, daß die Wahrung der landeskulturellen Interessen im Landesausschusse einen berufenen Anwalt findet und daß diesem auch zusteht, bei der Prüfung der Zulässigkeit vom Standpunkte der Landeskultur einvernehmlich mit den politischen Behörden mitzuwirken. Da sich auf diesem Gebiete die Bestrebungen der autonomen wie der staatlichen Behörden in gleicher Richtung zu bewegen haben, wird das im Entwurfe vorgesehene Einvernehmen wohl immer zu erzielen sein. Ich stehe auch nicht an zu erklären, daß die meiner Leitung unterstellte Landesregierung in den hier in Betracht kommenden, gewiß nicht zahlreichen Fällen jederzeit bereit sein wird, die vom Landesausschusse zur Wahrung landeskultureller Interessen geltend gemachten Umstände und Erwägungen sorgfältig und eingehend zu würdigen und sich bemühen wird, diesfalls zum vollen Einvernehmen mit dem Landesausschusse zu gelangen. Nichtsdestoweniger wäre es aber eine sehr bedenkliche Lücke des Gesetzes, die die Sanktionsfähigkeit desselben und damit das allseits als dringend erkannte Zustandekommen des Jagdgesetzes in Frage stellen müßte, wenn nicht für den Fall ausdrücklich Vorsorge getroffen würde, daß das vom Gesetze geforderte Einvernehmen der als zweite Instanz judizierenden Landesbehörden nicht erzielt wird. Denn in einem solchen Falle gäbe es keine Möglichkeit, den Rechtsanspruch der Partei auf instanzmäßige Entscheidung zu befriedigen. Ich sehe mich daher im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes bemüßigt, die Ergänzung des § 4, Absatz 2, durch den Zusatz zu empfehlen: „Hierüber (über die Schädigung der Interessen der Landeskultur durch Ausübung der Eigenjagd) entscheidet in zweiter Instanz die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Landesausschusse und, falls dieses Einvernehmen nicht zustande kommt, das Ackerbauministerium." — Hinsichtlich der Zweifel, die der Herr Berichterstatter in der Richtung ausgesprochen hat, ob den Gemeinden gegen die Entscheidungen der Bezirkshauptmannschaften, betreffend die Anerkennung neuer Eigenjagden, das Beschwerderecht zusteht, erkläre ich, es sei selbstverständlich, daß den Gemeinden dieses Recht zusteht, weil sie in der Sache zweifellos interessiert sind. Daraus folgt, daß die Gemeinden von den diesfälligen Entscheidungen verständigt werden müssen, weshalb kein Bedenken obwaltet, dies ausdrücklich im Verordnungswege anzuordnen.

In der Generaldebatte verwahrt sich Abg. Fürst Windischgraetz dagegen, daß im Gegensatze zu der vor 24 Stunden den Abgeordneten zugekommenen Tagesordnung ein anderer Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt worden sei, worauf der Landeshauptmann erklärt, daß er bereits vormittags in der Konferenz der Klubobmänner hievon Mitteilung gemacht habe und daß ihm auf Grund der Landesordnung jedenfalls das Recht zustehen, in der Tagesordnung eventuelle Änderungen eintreten zu lassen.

Abg. Graf Margheri erklärt, der Gesetzentwurf nehme wohl auf die Interessen der Landwirtschaft Bedacht, indem es unberufenen Faktoren unmöglich gemacht würde, den Grundbesitzer zu schädigen. Anderseits erscheine, obwohl der Gesetzentwurf nicht auf der Höhe jener der benachbarten Kronländer stehe, der Bestand der Jagd immerhin noch möglich und werde einen Faktor im wirtschaftlichen Leben bilden. Der Klub der Großgrundbesitzer werde daher für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen. (Beifall.)

In die Spezialdebatte, die in vier Gruppen abgeführt wird, greifen die Abgeordneten Dr. Lampe, von Schollmayer-Lichtenberg und Graf Margheri ein. Hierauf wird der Gesetzentwurf in allen Lesungen angenommen. (Händeklatschen bei den Abgeordneten der Slovenischen Volkspartei.)

Seine Exzellenz Landespräsident Freiherr von Schwarz beantwortet eine Interpellation des Abg. Ribnikar in Angelegenheit des Bezuges von Waldpflanzen. (Wir kommen auf diese Interpellationsbeantwortung noch zurück.) Die zweite Beantwortung betrifft die Interpellation des Abg. Dr. Pegan, betreffend die Bewilligung von Lizenzen für Gastwirte über die Sperrstunde ohne Anhörung des Gemeindeamtes, bezw. des Gemeindeausschusses. Seine Exzellenz erklärt, daß die Bezirkshauptmannschaften schon mit dem Erlasse vom 28sten Mai 1911 die Weisung erhalten hätten, die Bewilligung von Lizenzen über die Sperrstunde von der Anhörung des betreffenden Gemeinderates abhängig zu machen. Überdies habe die Landesregierung auch in konkreten Fällen die Bezirkshauptmannschaften in diesem Sinne namentlich auch aus dem Grunde aufmerksam gemacht, damit die Gemeindeämter in die Lage kämen, die betreffende Gebühr zu bemessen und einzuheben. Die Landesregierung habe nicht die Wahrnehmung gemacht, daß sich die Bezirkshauptmannschaften an diese Weisungen nicht gehalten hätten, und selbst in der Interpellation seien keine Einzelfälle angeführt worden, auf denen die Behauptung der Interpellation beruhe. Doch werde die Landesregierung die Bezirkshauptmannschaften auf den erwähnten Erlaß neuerlich aufmerksam machen. (Beifall.)

Schließlich beantwortet Seine Exzellenz der Landespräsident die Interpellation des Abg. Lavrenčič in Angelegenheit der Regulierung der Steiner Feistritz und erklärt, daß in der Teilstrecke bei Jauchen die Regulierungsarbeiten bereits durchgeführt seien und daß auch schon die Kollaudierung stattgefunden habe; das gegenständliche Operat sei dem Landesausschusse ausgefolgt worden. Nunmehr soll gemäß des Ergebnisses der kommissionellen Verhandlung vom 25. bis 27. Juli 1912, an der außer den Vertretern der beteiligten Ministerien ein Vertreter des Landesausschusses teilgenommen habe, die Regulierung der Feistritz in deren Unterlaufe, d. i. in der Strecke von der Mündung bis zur Brücke bei Bertčevo, an die Reihe kommen. Der Detailplan für diese genau zwei Kilometer lange Strecke sei schon ausgearbeitet und sowohl von den beteiligten Ministerien als auch vom Landesausschusse genehmigt worden. Es sei infolge einer Äußerung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten nur die Frage zur Erörterung gelangt, ob es nicht angezeigt wäre, an gewissen Stellen anstatt des teueren Natursteins Kunststein zu verwenden. Hinsichtlich dieser Frage habe die Landesregierung Rücksprache mit dem Landesausschusse gepflogen. Die Antwort des letzteren sei soeben an die Landesregierung, und zwar zugunsten der Verwendung von Kunststein, gelangt. Sobald diese Nebenfrage auch von den beteiligten Ministerien günstig erledigt sein werde und sobald das Abkommen, das gemäß Gesetzes vom 10. Juni 1912, L. G. Bl. Nr. 37, zwischen der Regierung und dem Landesausschusse zu treffen und dessen Entwurf schon dem k. k. Ackerbauministerium unterbreitet worden sei, von diesem genehmigt würde, werde die Arbeit auf dieser Teilstrecke in Angriff genommen werden. Die Arbeiten würden in Eigenregie ausgeführt und so werde es möglich sein, heimische Arbeiterkräfte zu verwenden. — Hinsichtlich der in der Interpellation erwähnten Regulierung der Zuflüsse der Steiner Feistritz sei erwähnt, daß der Landesausschuß hinsichtlich der Durchführung der betreffenden Resolution des Landtages bisher mit der Landesregierung noch nicht in Verhandlung getreten sei. (Beifall.)

Es folgen Berichte des Finanzausschusses. — Abg. Dr. Krek berichtet über den Antrag des Abg. Dr. Tavčar, betreffend die Rechtsverhältnisse der Lehrerschaft, und stellt den Antrag: Der Landesausschuß wird beauftragt, eine den Verhältnissen und den Bedürfnissen angemessene Änderung des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Lehrer vom 29. April 1873, L. G. Bl. Nr. 23, auszuarbeiten und sie ehestens dem Landtage vorzulegen.

Abg. Dr. Triller bezeichnet den Antrag als einen „Schleifer". Hätte der Finanzausschuß nur halbwegs ein Herz für die Lehrerschaft, so hätte er sich dem Antrage des Abg. Dr. Tavčar, betreffend die Zuerkennung der Teuerungszulagen für die Lehrerschaft, akkommodiert. Hinter dem Antrage des Ausschusses berge sich das Verlangen nach völliger Knechtung der Lehrerschaft. — Diese Politik habe die Flucht der charakterfesten Jugend vor dem Lehrerberufe zur Folge. (Widerspruch.) Die Jugend werde sich dahin wenden, wo sie besser als ein Zwangsarbeitshausaufseher oder ein Schuldiener bezahlt werde. Ein Fortschritt auf dem Gebiete des Volksschulwesens sei insolange undenkbar, als den Lehrern nicht das Existenzminimum gesichert sei. Vorderhand seien noch 44 % der Volksschulen einklassig; die paar achtklassigen Volksschulen seien nur Potemkinsche Dörfer. (Widerspruch und Zwischenrufe.) Von einer Hebung der Volkskultur könne so lange nicht gesprochen werden, als vor den Toren Laibachs eine „Johanca" in Vodice möglich sei. (Erneuter Widerspruch.) Durch die Ablehnung des Antrages Reisner sei der Beweis erbracht worden, daß an eine Besserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden slovenischen Parteien nicht gedacht werden könne, solange der Kulturmakel, betreffend die an letzter Stelle rangierende Lehrerschaft nicht wenigstens teilweise gelöscht würde. Der wichtigste Kulturfaktor des Landes werde systematisch ausgehungert. (Beifall bei den Abgeordneten der national-fortschrittlichen Partei.)

Abg. Dr. Krek reagiert auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Triller, wornach sich der Lehrer nur vom Gesetze und seinem Gewissen leiten zu lassen habe. Das Gesetz könne nur von einer Partei ausgeübt werden. Mit Rücksicht auf die zu erhoffenden staatlichen Überweisungen sei es wohlgetan, die Angelegenheit dem Landesausschusse zuzuleiten.

Hierauf wird der Antrag des Finanzausschusses angenommen.

Abg. Dr. Krek berichtet über die definitive Festsetzung der Landesumlagen für das Jahr 1911 und stellt im Sinne der vom k. k. Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem k. k. Finanzministerium herabgelangten Erklärungen den Antrag: Die für das Jahr 1911 provisorischen Landesumlagen werden nachträglich definitiv festgesetzt. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet über den selbständigen Antrag des Abg. Jarc und Genossen, betreffend die Einforderung der unverzinslichen Reblausdarlehen, und stellt den Antrag: 1.) Der Landesausschuß wird ermächtigt, bei der Einforderung der unverzinslichen Reblausdarlehen in berücksichtigungswürdigen Fällen die tunlichste Nachsicht walten zu lassen und namentlich den notorisch armen Bittstellern zur Zeit der Not die Rückzahlungstermine zu verlängern. 2.) Gleichzeitig wird der Landesausschuß beauftragt, auch die k. k. Landesregierung um ein ähnliches Vorgehen zu ersuchen. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet weiters über die Bewilligung eines Landesbeitrages zu den Kosten der Errichtung einer Pfarrei für Ober- und Unter-Šiška und stellt den Antrag: Der Landtag anerkennt und begrüßt die Errichtung der Pfarrei als eine unerläßliche und dringende Notwendigkeit; daher fordert er die k. k. Regierung entschieden auf, durch eine ausgiebige Beitragsleistung aus dem Religionsfonds ehestens diese Errichtung zu ermöglichen.

Abg. Dr. Novak erklärt, das Land Krain wäre glücklich, wenn es in jeder Hinsicht so versorgt wäre wie mit Kirchen. Die Liebe für Šiška sei verdächtig; die Mehrheit wolle gegen den Willen der Einwohnerschaft die Ortschaft an Laibach angliedern. (Widerspruch.) Die Lebensfrage für Šiška sei die Wasserleitungsfrage, die bis heute noch nicht erledigt sei. (Rufe: Das ist eine Lüge!) Es vegetiere nur eine Wasserleitungsgenossenschaft, von der sogar um teures Geld kein Wasser zu erhalten sei. Das Franziskanerprovinzialat habe die Notwendigkeit einer selbständigen Pfarrei dadurch begründet, daß in Unter-Šiška eine christliche Organisation gegen die Liberalen und gegen die Sozialdemokraten notwendig sei. Die Bevölkerung von Šiška perhorresziere selbst die Errichtung einer Pfarrei. Diese hätte nach Redners Ansicht nur neue Belastungen zur Folge. Wenn der Religionsfonds zur Errichtung der Pfarrei beisteuern wolle, so möge er's tun, Redner werde auch dafür stimmen, aber den ersten Teil des Antrages ablehnen.

Abg. Dr. Pegan bemerkt zunächst, die national-fortschrittliche Partei habe für die Hebung der Viehzucht nicht einmal so viel getan, als die Entlohnung eines Oberlehrers oder Schuldieners ausmache. (Heiterkeit.) Die Eingabe, betreffend die Kirche in Šiška, rühre übrigens nicht vom Franziskanerprovinzialate, sondern vom Pfarrer Sattner her, und sie betone ausdrücklich, daß die Angelegenheit dem Widerspruche der national-fortschrittlichen und der sozialdemokratischen Partei begegnen dürfte.

Abg. Dr. Lampe erklärt, im ganzen Lande seien Wasserleitungen auf Grund von Beschlüssen der Gemeindevertretungen angesprochen worden, worauf erst Landes- und Staatssubventionen erfolgt seien. In Unter-Šiška habe kein solcher Beschluß erzielt werden können. (Hört!-Rufe.) Dann erst sei die Wasserleitungsgenossenschaft ins Leben gerufen worden. Da es sich um Subventionen des Landes und des Staates gehandelt habe, sei der Obmann der Genossenschaft zu ihm — Dr. Lampe — gekommen und habe betont, daß die Staatssubvention von der Landessubvention abhängig sei. Redner habe sohin erklärt, daß die Subvention des Landes nur dann möglich wäre, wenn die Gemeinde Šiška die Wasserleitung von der Wasserleitungsgenossenschaft übernähme.

Abg. Dr. Novak verweist darauf, daß die Gemeinde Šiška die Garantie für 65.000 K übernommen habe. Gegen die Wasserleitungsgenossenschaft habe niemand Einspruch erhoben, so lange sie die Wassergebühr gleichmäßig berechnet habe. Aber dann sei das Wasser an einzelne Gemeindeinsassen überhaupt nicht abgegeben worden. Erst dann habe die Gemeindevertretung beim Landesausschusse um Remedur angesucht und beschlossen, die Wasserleitung selbst zu übernehmen. Abg. Dr. Tavčar habe zwischen der Wasserleitungsgenossenschaft und der Gemeinde vermittelt, aber letztere verfüge noch heutzutage allein über die Wasserleitung.

Abg. Dr. Lampe betont, die Garantie für die 65.000 K habe nur in einer späteren Verlegenheit ihren Grund haben können. (Abg. Dr. Novak: Sie erfolgte sofort bei der Gründung der Wasserleitungsgenossenschaft.) Keine Gemeindevertretung sei so ungeschickt wie die in Šiška vorgegangen. Es wäre zu wünschen, daß dort weniger von der sogenannten, aber mehr von der tatsächlichen fortschrittlichen Gesinnung vorhanden wäre.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Finanzausschusses angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet weiters über die Petitionen der Waisenanstalt der Freiin von Lichtenthurn in Laibach um Unterstützung und um ein unverzinsliches Darlehen, und stellt den Antrag: 1.) Der Leitung der Waisenanstalt wird für die Erhaltung der achtklassigen Mädchenvolksschule die Jahressubvention aus dem Normalschulfonds vom Jahre 1914 an von 2500 *K* auf 4500 *K* erhöht. 2.) Das vom Landesausschusse der gleichen Leitung zur Deckung der Kosten für den Bau des Waisenhauses bewilligte unverzinsliche Darlehen im Betrage von 10.000 *K* wird nachträglich genehmigt. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet über die Petition der Schulschwestern in Repnje um Unterstützung für den Bau eines neuen Schulgebäudes, und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung zugefertigt.

Abg. Reisner wendet sich dagegen, daß die Mehrzahl der Petitionen dem Landesausschusse zur Erledigung zugewiesen werde. Es sei kein Grund vorhanden, solche Petitionen nicht im Finanzausschusse meritorisch zu behandeln. Redners Partei werde aus diesem Grunde gegen diese Anträge stimmen. — Hierauf wird der Antrag angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet über die Petition der Schulschwestern de Notre Dame in Dornegg um Unterstützung für den Bau eines Schulhauses und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung zugefertigt. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet ferner über die Petition der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paula in Stein um Unterstützung für die Erhaltung des Kindergartens und der gewerblichen Fortbildungsschule und stellt den Antrag: Die Petition wird befürwortend dem Landesausschusse zur Erledigung zugewiesen. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet über die Petition der Österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und fortwirtschaftlichen Interessen in Wien um Subvention und stellt den Antrag auf Gewährung einer Subvention von 50 *K* für das Jahr 1913. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet über die Petition des Ausschusses der Studenten- und Volksküche in Laibach um Unterstützung und stellt den Antrag: Die Petition wird befürwortend dem Landesausschusse zur Erledigung zugefertigt. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet über die Petition der Handels- und Gewerbekammer für Krain, betreffend die Subvention zu den Baukosten der projektierten Telephonlinie Adelsberg-Laibach, und stellt den Antrag: 1.) Der Petition wird keine Folge gegeben. 2.) Der Landesausschuß wird beauftragt, im Wege der k. k. Landesregierung das k. k. Ackerbauministerium zu ersuchen, durch eine ausgiebige Beitragsleistung aus dem Adelsberger Grottenfonds oder aus anderen Mitteln ehestens die Telephonlinie Laibach-Adelsberg zu ermöglichen.

Abg. Dr. Novak spricht sich gegen den Antrag aus und stellt den Antrag auf Bewilligung eines Landesbeitrages von 6000 *K* zu den von den Interessenten aufzubringenden Baukosten im Betrage von 15.000 *K*.

Abg. Fürst Windischgrätz unterstützt den Antrag des Abg. Dr. Novak, während sich Abg. Doktor Lampe gegen den Antrag mit der Begründung ausspricht, daß kein Präjudiz geschaffen werden dürfe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Dr. Novak abgelehnt und der Antrag des Finanzausschusses zum Beschlusse erhoben.

Abg. Dr. Zitnik berichtet schließlich über die Petition der Gemeinde Ablešiči um Unterstützung zu den Baukosten eines neuen Schulgebäudes und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung zugewiesen. — Angenommen.

Abg. Gallé berichtet über die Petition des Zentralvereines zur Schaffung einer österreichischen Luftflotte in Wien und stellt den Antrag: Dem Vereine wird eine Subvention von 300 *K* bewilligt. — Angenommen.

Abg. Gallé berichtet über die Petition der Filiale Laibach des Skontistenverbandes um Subvention und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung zugewiesen. — Angenommen.

Abg. Gallé berichtet ferner über die Petition des Ausschusses der pensionierten Lehrer in Laibach um Teuerungszulagen und Quartiergelder für jene Lehrer, die sie sonst nicht genießen, und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung zugewiesen. — Angenommen.

Abg. Gallé berichtet schließlich über die Petition des Vereines slovenischer Katecheten um Teuerungszulagen und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung abgetreten. — Angenommen.

Abg. Kobi berichtet über die Petition der Gemeinde Tomišelj um Unterstützung für die Regulierung des Wildbaches Iška und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zur günstigen Erledigung zugewiesen. — Angenommen.

Abg. Kobi berichtet über die Petition der Gemeinde Dobrunje um Abschreibung der Schuld für die Regulierung des Laibachflusses bei Zavoglje und stellt den Antrag: Der Gemeinde Dobrunje wird der angesuchte Betrag von 1732 *K* 3 *h* abgeschrieben. — Angenommen.

Abg. Kobi berichtet über die Petition der Gemeinde Moste bei Laibach um Unterstützung für den Bau eines neuen Schulhauses und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse zugefertigt. — Angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet über die Petition des Vereines der landschaftlichen Bediensteten in Laibach um Unterstützung beim projektierten Bau eines eigenen Heimes und stellt den Antrag: Die Petition wird dem Landesausschusse mit dem Auftrage zugewiesen, diese Frage gründlich zu studieren und im Landtage seine Vorschläge einzubringen. — Angenommen.

In der hierauf anberaumten geheimen Sitzung werden folgende Beschlüsse gefaßt: Der Straßeneinräumerswitwe Maria Koletič wird die monatliche Versorgnungsgebühr von 6 auf 10 *K* erhöht; dem landschaftlichen Aushilfsbeamten Miroslav Koren wird für seinen kranken Sohn, der über zwölf Jahre beim landschaftlichen Bauamte als Hilfsbeamter bedienstet gewesen, die Gnadengabe jährlicher 300 *K* auf drei Jahre, d. i. bis Ende 1915, verlängert. Die Petitionen der gewesenen Bestellten Jakob Hladnik und Nikolaus Peljhan um Gnadengaben werden dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung zugewiesen. — Die Petition des Arbeiters Jakob Ferin um Unterstützung wird dem Landesausschusse zur Erledigung zugewiesen. — Der Theresia Podržaj wird die Freiherr von Rastern-Waisenstiftung bis zu ihrem vollendeten 17. Lebensjahre verlängert. — Der landschaftlichen Aushilfsbeamtenwitwe Maria Androjna wird die Gnadengabe jährlicher 240 *K* aus dem Landesfonds bis Ende 1915 verlängert. — Der landschaftlichen Aushilfsbeamtenwaise Paula Jak wird die Gnadengabe jährlicher 240 *K* bis Ende 1915 verlängert. — Die Petition der landschaftlichen Bestelltenwitwe Maria Bevc um Erhöhung der Gnadengabe jährlicher 360 *K* wird abgewiesen. — Über Ansuchen des Josef Novak wird dem Josef Kogej die Gnadengabe für die Zeit seines Aufenthaltes in der Siechenanstalt auf 140 *K* erhöht. — Die Petitionen des pensionierten Oberlehrers Josef Windisch um Einrechnung der Teuerungszulage in die Pension, des pensionierten Oberlehrers Kaspar Gašperin um Bewilligung einer 25%igen Teuerungszulage für seine verstorbene Tochter Maria Kobau, des pensionierten Oberlehrers Kaspar Gašperin um Bewilligung der 25%igen Teuerungszulage, des pensionierten Lehrers Franz Kalan um Erhöhung der Pension, des pensionierten Oberlehrers Franz Golmayer um Erhöhung der Pension, des pensionierten Oberlehrers Johann Gantar um Unterstützung und der Lehrerswitwe Maria Hiti um Erhöhung der Gnadenpension werden dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung abgetreten. — Der Lehrerswitwe Magdalena Venedig wird der Gnadengehalt jährlicher 200 *K* auf weitere drei Jahre, d. i. für 1913, 1914 und 1915, zuerkannt. — Die Petitionen der Philomena Widmar um Erhöhung der Gnadengabe und der Lehrerswitwe Karolina Hočevar um Erhöhung der Gnadengabe werden dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung abgetreten. — Der Lehrerswitwe Maria Leinert wird der jährliche Gnadengehalt für weitere drei Jahre, d. i. für 1913, 1914 und 1915, zuerkannt. — Die Petition der Lehrerswitwe Maria Kalan um Gewährung einer Gnadengabe wird dem Landesausschusse zur entsprechenden Erledigung abgetreten. — Der Lehrerswitwe Maria Koller wird die jährliche Gnadengabe von 200 *K* für weitere drei Jahre bewilligt. — Der Anna Novak, Lehrerswitwe in Preloka, wird die Gnadengabe jährlicher 100 *K* für weitere drei Jahre, d. i. für die Jahre 1914, 1915 und 1916, verliehen. — Der Lehrerswitwe Thekla Jašovc wird die Gnadengabe von 200 *K* für weitere drei Jahre bewilligt. — Der Oberlehrerswaise Maria Raktelj wird die Gnadengabe jährlicher 200 *K* auch für die Jahre 1913, 1914 und 1915 bewilligt. — Der Oberlehrerswaise Helene Raktelj wird die Gnadengabe jährlicher 200 *K* auf weitere drei Jahre, d. i. für die Jahre 1913, 1914 und 1915, zuerkannt. — Den Lehrerswaisen Aloisia und Paula Mesner wird die Gnadengabe jährlicher 150 *K* für die Jahre 1914, 1915 und 1916 verliehen.

Schluß der öffentlichen Sitzung um ¼9 Uhr abends. — Nächste Sitzung Freitag den 10. Oktober um 10 Uhr vormittags.

— **(Vom Volksschuldienste.)** Der k. k. Landesschulrat für Krain hat die gewesene provisorische Lehrerin in Strug Josefa Ostermann zur unentgeltlichen Schulpraxis an der Mädchenvolksschule in Reifnitz zugelassen. — Die absolvierte Lehramtskandidatin Maria Rott wurde zur Lehrerin an der achtklassigen Privat-Mädchenvolksschule im Lichtenthurnschen Waisenhause in Laibach ernannt. — Der k. k. Landesschulrat für Krain hat die mit dem Reifezeugnisse versehenen Lehramtskandidatinnen Anna Fuks und Vlastimila Mandelj zur unentgeltlichen Schulpraxis an der Zweiten städtischen Knabenvolksschule in Laibach zugelassen.

— **(K. k. Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt in Laibach.)** Im Schuljahre 1913/14 wurden an der k. k. Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt in Laibach nachbenannte Aushilfslehrkräfte in Verwendung genommen, und zwar: der Leiter der krainischen Taubstummenstiftungsanstalt in Laibach, Franz Germ, für den Unterricht in der Taubstummen-Lehrmethode der provisorische Übungsschullehrer Josef Pavčič für den Unterricht im Klavier- und Violinspielen, Olga Nadeniczek, Privatlehrerin in Laibach, für den Unterricht in der französischen Sprache, der Domvikar Andreas Zupanc als Aushilfskatechet an der k. k. Knabenübungsschule und der Domvikar Johann Tegnar als Aushilfskatechet an der k. k. Mädchenübungsschule.

— **(Die Bezirkslehrerkonferenz der slovenischen Volksschulen in Laibach)** fand gestern vormittags im „Mestni dom" statt. In der Eröffnungsansprache gedachte der Herr Bezirksschulinspektor Maier Sr. Majestät des Kaisers als Förderers des österreichischen Volksschulwesens. Die Teilnehmer hörten die Worte stehend an und nahmen sie mit einem dreifachen begeisterten „Slava" auf. Nach Erledigung der Formalitäten bekamen die Anwesenden zwei aktuelle Vorträge zu hören. Herr Professor Kenda besprach eingehend die geschichtlichen Ereignisse zu Beginn des XIX. Jahrhunderts, soweit sie sich im Süden unserer Monarchie, insbesondere auf dem Boden Krains abspielten, Herr Dr. Stele berichtete über die Erhaltung der Denkmäler und über Heimatschutz. Der erstgenannte Vortrag verriet sorgfältige Benützung der angeführten Quellen, brachte viele, aber nicht unnötige Details über die militärischen Operationen im Jahre 1809 und 1813 auf dem Boden unseres Kronlandes und ein anschauliches Bild über die napoleonische Schöpfung, das Königreich Illyrien. Auch Herr Dr. Stele sprach mit Wärme und überzeugend. Er gab Winke, wie die Bestrebung zur Erhaltung der historischen Denkmäler aufzufassen und zu verwirklichen ist, und erläuterte dies durch praktische Beispiele an Sittich und Laibach. Schließlich forderte er die Lehrerschaft auf, sich mit Liebe in das Studium der heimatlichen Scholle und ihrer kulturellen Eigentümlichkeiten zu vertiefen, in die Fußstapfen ihres Kollegen Črnologar zu treten und so die Idee des Heimatschutzes und der Erhaltung der Denkmäler zu verwirklichen. Beide Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung umfaßten die üblichen Berichte und Wahlen in verschiedene Ausschüsse; dabei wurden die Anträge des Herrn Oberlehrers Dimnik durch Zuruf einhellig angenommen. Die Konferenz nahm etwas mehr als zwei Stunden in Anspruch.

— **(Zwei geriebene Gauner.)** Der Besitzer Alois Skerlj aus Untersenica bei Jablanica kehrte unlängst in ein Gasthaus in Rodockendorf ein. Bald nach seiner Ankunft kam in das Gasthaus ein fremder Mann, der sich zu seinem Tische setzte und mit ihm ein Gespräch anknüpfte. Nachdem die beiden eine Zeitlang zusammen gezecht hatten, gingen sie noch in ein zweites Gasthaus in Hraštje, wo sie weiter zechten. Ziemlich angeheitert, verließ Skerlj abends den Fremden, ging auf die Bahnstation St. Peter und wollte heimfahren. Da er aber den Zug versäumt hatte, legte er sich in der Bahnrestauration auf eine Bank nieder und schlief ein. Gegen 4 Uhr früh verspürte Skerlj, daß jemand an seinen Kleidern herumtaste und als er erwachte, stand vor ihm ein Mann, den er als seinen Zechgenossen vom Vorabend erkannte. Dieser flüsterte ihm ins Ohr, daß er in der Restauration eine Brieftasche mit 2000 *K* gefunden habe, daß er das Geld mit ihm teilen wolle und lockte ihn aus der Restauration. Kaum waren sie aber draußen, trat zum Skerlj ein zweiter fremder Mann und stellte ihn zur Rede, daß er in der Restauration seine Brieftasche gefunden habe, die er energisch zurückverlangte. Als der Bauer dies verneinte und zum Beweise dessen seine Brieftasche zeigte, nahm der Fremde unbemerkt 220 *K* heraus und ergriff samt seinem Komplicen die Flucht. Der eine ist bei 26 Jahre alt, mittelgroß, sehr korpulent, hat kleinen dunklen Schnurrbart, schwarze

Die letzten Tage von Pompei 7 Tage vom Freitag 17. bis Donnerstag 23.

Naturgetreue Darstellung der größten Katastrophe der Menschheit, nach dem Roman von Edward Bulwer. Kolossale Zirkusszenen, Gladiatorenkämpfe, Ausbrüche des Vesuvs. 2 Stunden Vorführungsdauer. Für Schuljugend frei. Vorstellungen täglich um 3, 5, 7, 9 Uhr; Sonntags um 10½, 2, 4, 6, 8, 10 Uhr. Erhöhte Preise K 1·90, 1·60, 1·30, 1·—, —·60; Studenten Ermäßigung. 4083 6-1 **KINO-IDEAL.**

Augen, war grau gekleidet und trug eine rote Krawatte. Der zweite ist 28 bis 30 Jahre alt, hat längliches rötliches Gesicht und war schwarz gekleidet.

— (**Amtsübersiedlung.**) Das Expedit des Laibacher Stadtmagistrates sowie das Militär-Bequartierungsamt sind gestern aus den bisherigen Amtslokalitäten in das dritte Stockwerk des Hauses Nr. 27 am Rathausplatze (wo früher die städtische Buchhaltung untergebracht war) übersiedelt.

— (**Jagd nach einem Diebe.**) Am vergangenen Dienstag nachmittags bemerkte der Stallpächter Urban Rehberger im Hofe des Gasthauses „Pri figovcu" an der Wiener Straße einen Mann, der von einem dort stehenden Wagen eine Pferdedecke stahl, diese unter den Rock steckte und damit verschwinden wollte. Als ihn Rehberger anrief, ergriff der Dieb durch das Vorhaus des Gasthauses die Flucht, wurde aber auf der Straße von einem Passanten aufgehalten. Diesem widersetzte er sich, zerbrach ihm beim Ringen einen auf 5 *K* bewerteten Regenschirm und ergriff wieder die Flucht durch die Maria Theresiastraße, bis er bei der Maut an der Bleiweisstraße wieder angehalten und arretiert wurde. In seinem Besitze wurde ein Zaumzeug vorgefunden, während er die gestohlene Decke auf der Flucht fallen ließ. Der Angehaltene entpuppte sich als der im Jahre 1887 geborene ledige und beschäftigungslose Arbeiter Andreas Hafner aus Stražišče bei Krainburg. Hafner wurde dem Bezirksgerichte eingeliefert.

— (**Diebstähle.**) Am 4. d. M. wurde dem Gastwirte Johann Smerajc in Tomačevo eine Geldtasche mit dem Betrage von über 70 *K*, die er auf einer Bank im Gastzimmer liegen gelassen hatte, entwendet. Dem Täter ist man bereits auf der Spur. — Weiters drangen in einer der letzten Nächte Diebe auf den Dachboden des Maurers Johann Sturm in Brezje bei Kaier ein und entwendeten ein Postsparkassabüchel über 40 *K*, eine Nickeltaschenuhr, einen schwarz- und weißgestreiften Anzug und verschiedene andere Kleidungs- und Wäschestücke im Gesamtwerte von 160 *K*.

— (**Im Schlafe überfallen.**) Der Besitzerssohn Franz Gostinčar in Oberkaschel bei Mariafeld wurde vor einigen Tagen, als er Nachts am Heuboden seiner Mutter schlief, von einem Dorfburschen grundlos überfallen. Der Angreifer versetzte dem Schlafenden mit einem Holzprügel mehrere Schläge auf den Kopf, worauf zwischen beiden eine Rauferei entstand, die mit dem gegenseitigen Austauschen derber Ohrfeigen endete.

— (**Gelddiebstahl.**) Dem Besitzer Anton Marinšek aus Oberplanina wurde diesertage aus einer unversperrten Kleidertruhe ein Geldbetrag von 240 *K* durch unbekannte Täter gestohlen.

— (**Verhaftung.**) Am Ambrožplatz wurde gestern ein 25 Jahre alter Tischlergehilfe aus Vižmarje von einem Wachmann wegen Diebstahlverdachtes arretiert und dem Bezirksgerichte eingeliefert.

— („**Füll' nicht zu sehr den Darm!**") ist eine der Mahnungen, die Luther an jene richtet, die ein hohes Alter erreichen wollen. Es wird also jeder, wes Alters, Standes und Geschlechtes er auch sei, diese goldene Regel zu beachten haben und wird alles vorkehren müssen, damit er nicht an habitueller Obstipation (Verstopfung oder Hartleibigkeit leide, die stets lästig ist, bisweilen sogar ernst und bedrohlich wird. Spielend leicht schafft man sich täglich beim Erwachen am Morgen die gewünschte Erleichterung und Reinigung der Därme, wenn man vor dem Schlafengehen ein Weinglas des echten Hunyadi Janos-Bitterwassers nimmt, das in jeder Apotheke, Drogerie und Mineralwasserhandlung erhältlich ist.

2332 2—2

Kaiser Franz Joseph-Jubiläumstheater in Laibach.

Morgen Samstag den 11. Oktober 1913

9. Vorstellung — Logen-Abonnement ungerade

Bruder Martin

Volksstück mit Gesang in vier Akten von Carl Costa

Anfang um ½8 Uhr — Ende um 10 Uhr

Kinematograph „Ideal." Programm für Freitag: An der venetianischen Küste; Samstag: Wetteifer der beiden Freier (komisch); Sonntag: Gaumont-Woche; Montag: Saxi als Papa (Lustspiel), nur abends. — Sensationell! Der lebende Leichnam. (Nach Leo Tolstois gleichnamigem Werke in vier Akten.) Bei allen Vorstellungen. — Dienstag: Protea (sensationelle Detektiv-Komödie; weiter Moritz der Durchgänger (Lustspiel in zwei Akten). — Von Freitag den 17. bis Donnerstag den 23. Oktober: Die letzten Tage von Pompeji (zwei Stunden Vorführung). Vorstellungen täglich um 3, 5, 7, 9 Uhr. Wegen großer Beschaffungskosten erhöhte Preise. — In Vorbereitung: Emile Zolas „Germinal". — Vorstellungen wie gewöhnlich. — Preiserhöhung 10 h mit Ausnahme des II. Platzes (II. Platz 30 und 40 h.) 4082

Angekommene Fremde.

Hotel „Elefant".

Am 9. Oktober. Edler von Schollmayer-Lichtenberg, Gutsbesitzer und Domänendirektor, Schneeberg. — Ritter von Krauer-Machland, Kanzleipraktikant der Seebehörde, Triest. — Pirc, Landtagsabgeordneter, Krainburg. — Ritter, Direktor, s. Gemahlin, Neudau (Steiermark). — Prasch, Fabrikant, s. Gemahlin und Tochter; Strohmeier, Stadtbaumeister; von Becher, Sekretär; Dr. Weidenhofer, Redakteur; Gleis, Bauleiter, s. Gemahlin; Aither, Chauffeur; Keller, Rsd., Graz. — Gabany, Rosner, Rsde., Budapest. — Berger, Neuberger, Rsde., München. — Buresch, Rsd., Aussig. — Spindl, Wolfer, Eber, Rsde.; Schnötzinger, Kfm., Wien. — Hummer, Kfm., s. Gemahlin, Mittenach. — Ansel, Gutsbesitzer, s. Sohn, Savenstein. — Zanon, Handelsmann, Agram. — Hofmann, Oberingenieur, Prag. — Merk, Oberkommissärsgattin, Gottschee. — Hüttig, Private, s. Tochter, Cilli. — Krapej, Private, Steinbrück. — Maurin, k. u. k. Leutnant, Canale. — Baso, Lehrer, s. Gem., Materija. — Kmet, Priester; Kovšca, Organist, Sturije.

Grand Hotel Union.

Am 9. Oktober. Zabret, Fabrikant, Krainburg. — Dr. Asi, Crefeld. — v. Anker, Koburg. — Petschar, Direktor; Lap, Priv., Pontafel. — Seyff, Oberförster, Langg. — Ungar, Ingenieur; Grunes, Fuchs, Gutmann, Bratič, Private, Graz. — Ulcakar, Priv., Görz. — Pečarič, Pfarrer, Podkraj. — Knal, Pfarrer, Kolovrat. — Kobi, Kfm., Borovnica. — Lederer, Rsd., Troppau. — Tauber, Rsd., Wr. Neustadt. — Nodari, Klein, Rsde., Triest. — Wiltschek, Rsd., Troppau. — Cvančara, Kohn, Thiele, Vrba, Lagus, Rsde., Prag. — Doktor Kartschak; Posavec, k. k. Inspektor; Hlißmann, Ingenieur; Michl, Hubner, Bellat, Kflte.; Waßnig, Bluch, Herlinger, Herbatschek, Huber, Weinberg, Rassaerts, Zwinsdutz, Herrmann, Rsde., Wien.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Seehöhe 306·2 m. Mittl. Luftdruck 736·0 mm.

Oktober	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C reduziert	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
9.	2 U. N.	732 8	15·9	SO. mäßig	bewölkt	
	9 U. Ab.	35·3	12·6	S. schwach	»	
10.	7 U. F.	36·0	11·2	NO. schwach	»	1·7

Das Tagesmittel der gestrigen Temperatur beträgt 14·1°, Normale 11·6°.

Regen vormittags.

Wien, 9. Oktober. Wettervoraussage für den 10. Oktober für Steiermark, Kärnten und Krain: Wechselnde, später abnehmende Bewölkung, zeitweise regnerisch, Temperaturabnahme, westliche Winde, später schönes Wetter. — Für Ungarn: Veränderliches kühles Wetter zu erwarten, an vielen Stellen Regen.

Hinweis.

Unserer heutigen Nummer (Gesamtauflage) liegt eine Einladung zum Abonnement auf den XXVII. Jahrgang des

„Kunstwart"

bei; Abonnements und Probehefte durch die Buchhandlung Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg in Laibach.

Sie fragen: «Was ist eigentlich Dr. Oetkers Backpulver?» Die Frage ist leicht zu beantworten. Ein vollkommen hygienischer, von Ärzten seit Jahren empfohlener Ersatz für Hefe (Germ). Das Präparat wird in Päckchen zu 12 Heller, welches für ½ kg Mehl die nötige Triebkraft besitzt, in den Geschäften verkauft, woselbst man auch ausführliche Rezepte zu Guglhupf, Bäckereien und Mehlspeisen gratis bekommt. 3981a

†

Tiefbetrübt geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter, Stieftochter, beziehungsweise Schwester

Maria

am 9. d. M. um ½8 Uhr abends nach langem schweren Leiden in ihrem 22. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Die irdische Hülle wird Samstag den 11. d. M. um 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause Südbahnstraße Nr. 3 aus auf den evangelischen Friedhof überführt und dort zur ewigen Ruhe bestattet.

Laibach, den 9. Oktober 1913.

Friedrich Luschützky
Vater.

Maria Luschützky
Stiefmutter.

Friedrich, Lina und Hubert
Geschwister.

Aktienkapital: **150,000.000 Kronen.**

Beideinlagen gegen Einlagsbücher und in Konto-Korrent; Gewährung von Krediten, Eskompte von Wechseln etc.

Filiale der K. K. priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Laibach

Prešerengasse Nr. 50.

1593

Reserven: **95,000.000 Kronen.**

Kauf, Verkauf u. Beleihung von Wertpapieren; Börsenordres; Verwaltung von Depots; Safe-Deposits; Militär-Heiratskautionen etc.

Kurse an der Wiener Börse vom 9. Oktober 1913.

	Schlußkurs Geld	Ware
Allg. Staatsschuld.		
Einheitl. Rente 4% (Mai-Nov.) p.K. 4	81·05	81·25
" " p. U. 4	81·05	81·25
k. st. K. (Jän.-Juli) p. K. 4	80·95	81·15
" " p. A. 4	80·95	81·15
4·2% s.W.Not.Feb.Aug.p.K.4·2	85·—	85·20
4·2% " " " " p.A.4·2	85·—	85·20
4·2% " Silb.Apr.-Okt.p.K.4·2	85·10	85·30
4·2% " " " p.A.4·2	85·10	85·30
Lose v. J. 1860 zu 500 fl. ö. W. 4	1600	1640
Lose v. J. 1860 zu 100 fl. ö. W. 4	435·—	445·—
Lose v. J. 1864 zu 100 fl. ö. W.	690·—	702·—
Lose v. J. 1864 zu 50 fl. ö. W.	348·—	360·—
St.-Domän.-Pf. 120 fl. 300 F. 5	—·—	—·—
Oesterr. Staatsschuld.		
Oest. Staatsschatzsch. stfr. K. 4	96·55	96·75
Oest. Goldr. stfr. Gold Kasse . . 4	104·35	104·55
" " " p. Arrgt. 4	104·35	104·55
Oest. Rente i. K.-W. stfr. p. K. . 4	81·40	81·60
" " " " U. . 4	81·45	81·65
Oest. Rente i. K.-W. steuerfr. (1912) p. K.	81·—	81·20
Oest. Rente i. K.-W. steuerfr. (1912) p. U.	81·—	81·20
Oest. Invest.-Rent. stfr. p. K. 3½	72·25	72·45
Franz Josefsb. i. Silb. (d. S.) 5½	104·65	104·65
Galiz. Karl Ludwigsb. (d. St.) 4	82·45	82·65
Nordwb., ö. u. südnd. Vb. (d. S.) 4	81·80	82·80
Rudolfsb. i. K.-W. stfr. (d. S.) 4	81·25	82·25
om Staate z. Zahlung übern. Eisenbahn-Prioritäts-Oblig.		
Böhm. Nordbahn Em. 1882 4	—·—	—·—
Böhm. Westbahn Em. 1885 . .	83·—	84·—
Böhm. Westb. Em. 1895 i. K. 4	83·—	84·—
Ferd.-Nordb. E. 1886 (d. S.) . . 4	92·65	94·65
dto. E. 1904 (d. St.) K. . . . 4	86·80	87·80
Franz Josefsb. E. 1884 (d. S.) S 4	83·70	84·70
Galiz. Karl Ludwigb. (d. St.) S 4	82·60	83·60
Laib.-Stein Lkb. 200 u. 1000 fl. 4	92·75	93·75
Lem.-Czer.-J.E. 1894 (d. S.) K 4	81·80	82·80
Nordwb., Oest. 200 fl. Silber 5	99·—	100·—
dto. L. A. E. 1903 (d. S.) K 2½	76·50	76·50
Nordwb., Oest. L. B. 200 fl. S. 5	99·45	100·40
dto. L. B. E. 1903 (d. S.) K 3½	76·60	76·60
dto. E. 1885 200 u. 1000 fl. S. 4	84·—	85·—
Rudolfsbahn E. 1884 (d. S.) S. 4	83·35	84·35
Staatseisenb.-G. 500 F. p. St. 3	360·—	360·—
dto. Erg.-Netz 500 F. p. St. 3	344·—	347·—
Südnorddeutsche Vbdgb. fl. S. 4	82·40	83·40
Ung.-gal. E. E. 1887 200 Silber 4	81·25	82·25
Ung. Staatsschuld.		
Ung. Staatskassensch. p. K. 4½	99·50	99·70
Ung. Rente in Gold . . . p. K. 4	99·40	99·60
Ung. Rente i. K. stfr. v. J. 1910 4	80·60	80·80
Ung. Rente i. K. stfr. p. K. 4	80·—	80·80
Ung. Prämien-Anlehen à 100 fl.	467·—	467·—
U. Theiss-R. u. Szeg. Prm.-O. 4	289·—	299·—
U. Grundentlastg.-Oblg. ö. W. 4	81·05	82·05
Andere öffentl. Anlehen.		
Bs.-herz. Eis.-L.-A. K. 1902 4½	89·25	90·25
Wr. Verkehrsanl.-A. verl. K. 4	81·60	82·60
dto. Em. 1900 verl. K. . . . 4	81·75	82·75
Galizisches v. J. 1893 verl. K. 4	82·65	83·65
Krain. L.-A. v. J. 1888 ö. W. . 4	—·—	94·50
Mährisches v. J. 1890 v. ö. W. 4	86·60	87·60
A. d. St. Budap. v. J. 1903 v. K. 4	79·80	80·80
Wien (Elek.) v. J. 1900 v. K. 4	82·10	83·10
Wien (Invest.) v. J. 1902 v. K. 4	85·25	86·25
Wien v. J. 1908 v. K. 4	82·20	83·20
Russ. St. A. 1906 f. 100 K p. U. 5	102·60	103·10
Bul. St.-Goldanl. 1907 100 K 4½	86·25	87·25
Pfandbriefe und Kommunalobligationen.		
Bodenkr.-A. öst., 50 J. ö. W. 4	81·80	82·80
Bodenkr.-A. f. Dalmat. v. K. 4	—·—	—·—
Böhm. Hypothekenbank K . . 5	100·15	101·15
dto. Hypothbk., i. 57 J. v. K. 4	88·75	89·75
Böhm. Lb. K.-Schuldsch., 50 J. 4	84·—	85·—
dto. dto. 78 J. K. 4	83·75	84·75
dto. E.-Schuldsch. 78 J. 4	83·75	84·75
Galiz. Akt.-Hyp.-Bk. 5	90·75	91·75
dto. inh. 50 J. verl. K. 4½	82·25	83·25
Galiz. Landesb. 51½ J. v. K. 4½	92·—	93·—
dto. K.-Obl. III. Em. 42 J. 4½	90·—	91·—
Istr. Bodenkr.-A. 36 J. ö. W. 5	—·—	88·50
Istr. K.-Kr.-A. i. 52½ J. v. K. 4½	83·80	84·80
Mähr. Hypoth.-B. ö. W. u. K. 4	83·50	84·50
Nied.-öst. Land.-Hyp.-A. 55 J. 4	82·25	83·25
Oest. Hyp.-Bank i. 50 J. verl. 4	86·20	87·20
Oest.-ung. Bank 50 J. v. ö. W. 4	87·25	88·25
dto. 50 J. v. K. 4	90·50	91·50
Centr. Hyp.-B. ung. Spark. 4½	91·25	92·25
Comrzbk., Pest. Ung. 41 J. 4½	90·75	91·75
dto. Com. O. i. 50½ J. K 4½	90·—	91·—
Herm. B.-K.-A. i. 50 J. v. K 4½	90·—	91·—
Spark. Innerst. Bud. i. 50 J. K 4½	81·50	82·50
dto. inh. 50 J. v. K. 4¼	90·50	91·50
Spark. V. P. Vat. C. O. K . . 4½	91·50	92·50
Ung. Hyp.-B. in Pest K . . . 4½	93·25	94·25
dto. Kom.-Sch. i. 50 J. v. K 4½		
Eisenbahn-Prior.-Oblig.		
Kasch.-Oderb. E. 1889 (d. S.) S. 4	81·15	82·15
dto. Em. 1908 K (d. S.) . . . 4	80·40	81·40
Lemb.-Czer.-J.E. 1884 300 S. 3·6	75·65	76·65
dto. 300 S. 4	81·95	82·95
Staatseisenb.-Gesell. E. 1895 (d. St.) M. 100 M. 3	82·75	83·75
Südb. Jan.-J. 500 F. p. A. 2·6	265·40	266·40
Unterkrainer B. (d. S.) ö. W. . 4	91·—	92·50
Diverse Lose.		
Bodenkr. öst. E. 1880 à 100 fl. 3	278·—	288·—
detto E. 1889 à 100 fl. . . . 3	247·—	257·—
Hypoth.-B. ung. Präm.-Schv. à 100 fl. 4	238·75	243·75
Serb. Prämien-Anl. à 100 Fr. 2	109·—	117·—
Bud.-Basilica (Domb.) 5 fl. ö. W.	27·25	31·25
Cred.-Anst. f. H. u. G. 100 fl. ö. W.	472·—	482·—
Laibach. Präm.-Anl. 20 fl. ö. W	64·—	68·—
Rotenkreuz, öst. G. v. 10 fl. ö. W	51·—	55·—
detto ung. G. v. . . 5 fl. ö. W.	51·—	55·—
Türk. E.-A., Pr.-O. 400 Fr. p. K.	228·25	231·25
Wiener Kommunal-Lose vom Jahre 1874 . . . . . 100 fl. ö. W.	478·—	488·—
Gewinnstsch. der 3% Pr.-Sch. der Bod.-Cred.-Anst. E. 1880	37·—	41·—
Gewinnstsch. der 3% Pr.-Sch. der Bod.-Cred.-Anst. E. 1889	57·—	61·—
Gewinnstsch. der 4% Pr.-Sch. der ung. Hypotheken-Bank	26·—	30·—
Transport-Aktien.		
Donau-Dampf.-G. 500 fl. C. M.	1260·—	1268·—
Ferd.-Nordbahn 1000 fl. C. M.	4860·—	4880·—
Lloyd, österr. . . . . 400 K	614·—	617·—
Staats-Eisb.-G. p. U. 200 fl. S.	696·50	696·50
Südbahn-G. p. U. . . . 500 Frs.	126·75	127·75
Bank-Aktien.		
Anglo-österr. Bank 120 fl. 18 K	837·—	838·—
Bankver., Wr. p. U. 200 fl. 30 "	—·—	—·—
Bod.-C.-A. allg. öst. 300 K 64 "	1173·—	1175·—
Credit-Anst. p. U. 320 K 32 "	624·90	625·90
Credit-B. ung. allg. 200 fl. 42 "	822·50	823·50
Eskomptebank steier. 200 fl. 32 "	664·—	667·—
Eskompte-G., n. ö. 400 K 28 "	740·—	742·—
Länderb., öst. p. U. 200 fl. 28 "	817·75	818·75
Laibacher Kreditb. 400 K 28 "	412·50	414·50
Oest.-ungar. B. 1400 K 90·30 "	2070·—	2080·—
Unionbank p. U. . . 200 fl. 32 "	691·75	692·75
Verkehrsbank, allg. 140 fl. 20 "	358·—	359·—
Živnosten. banka 100 fl. 14 "	264·75	265·75
Industrie-Aktien.		
Berg- u. Hüttw.-G., öst. 400 K	1257·—	1266·50
Hirtenberg P., Z. u. M. F. 400 K	1520·—	1535·—
Königsh. Zement-Fabrik 400 K	852·—	856·—
Lengenfelder P.-C.-A.-G. 250 K	113·—	116·—
Montanges., österr.-alp. 100 fl.	857·75	858·75
Perlmooser h. K. u. P. 100 fl.	455·—	459·—
Prager Eisenind.-Gesell. 500 K	2998·—	3015·—
Rimamur.-Salgó-Tarj. 100 fl.	682·90	683·50
Salgó-Tarj. Stk.-B. . . . . 100 fl.	785·—	789·—
Skodawerke A.-G. Pils. 200 K	825·75	826·75
Waffen-F.-G., österr. . . . 100 fl.	1013·—	1014·—
Weißenfels Stahlw. A.-G. 300 K	780·—	790·—
Westb. Bergbau-A.-G. 100 fl.	642·—	646·—
Devisen. Kurze Sichten und Schecks.		
Deutsche Bankplätze	117·80	118·—
Italienische Bankplätze	94·30	94·45
London	24·09½	24·13½
Paris	95·30	95·45
Valuten.		
Münzdukaten	11·44	11·49
20-Francs-Stücke	19·07½	19·11½
20-Mark-Stücke	23·57	23·63
Deutsche Reichsbanknoten . .	117·80	118·—
Italienische Banknoten	94·40	94·60
Rubel-Noten	254·37½	255·37½
Lokalpapiere nach Privatnotier. d. Filiale d. K. K. priv. Oest. Credit-Anstalt.		
Brauerei Union Akt. 200 K	235·—	245·—
Hotel Union " 500 " 0	—·—	—·—
Krain. Bauges. " 200 " 12 K	200·—	210·—
" Industrie " 200 " 20 K	410·—	420·—
Unterkrain. St.-Akt. 100 fl. 0	—·—	60·—

Bankzinsfuß 6%

Die Notierung sämtlicher Aktien und der „Diversen Lose" versteht sich per Stück.